



Markus Grübel

Mitglied des Deutschen Bundestages
Beauftragter der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit
Abgeordneter des Wahlkreises Esslingen

Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: +49 (0) 30 227 71 973
Fax: +49 (0) 30 227 76 964
E-Mail: markus.gruebel@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Bahnhofstraße 27
73728 Esslingen a. N.
Tel.: +49 (0) 711 365 80 66
Fax: +49 (0) 711 365 80 70
E-Mail: markus.gruebel.wk@bundestag.de

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Stresemannstraße 94, Europahaus
10963 Berlin
Tel.: +49 (0) 30 185 35 2681
Fax: +49 (0) 30 1810 535 2681
E-Mail: markus.gruebel@bmz.bund.de

PRESSEMITTEILUNG

Forderung nach verpflichtendem Gemeinschaftsdienst: Markus Grübel fordert die Oberbürgermeister von Esslingen und Stuttgart auf, sich der Initiative der Oberbürgermeister von Tübingen, Schwäbisch Gmünd und Schorndorf anzuschließen

Esslingen, 22.07.2020

Der Esslinger Bundestagsabgeordnete Markus Grübel lobt den Vorstoß der Oberbürgermeister Arnold, Palmer und Klopfer, die sich in einem Brandbrief an Ministerpräsident Kretschmann und Innenminister Strobil gewandt haben und einen gesellschaftlichen Grunddienst für alle fordern. Er fordert die Oberbürgermeister von Esslingen Jürgen Zieger und Stuttgart Fritz Kuhn auf sich der Initiative anzuschließen.

Grübel macht sich schon seit langem für einen verpflichtendem Gemeinschaftsdienst stark und erklärt hierzu:

„Durch einen verpflichtenden Gemeinschaftsdienst kommen Menschen aus ganz unterschiedlichen kulturellen, sozialen und

politischen Gruppen zusammen, deren Wege sich sonst nie kreuzen würden. Dies fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt! Ich stehe hier voll hinter der Forderung der Oberbürgermeister aus Schwäbisch Gmünd, Tübingen und Schorndorf, die sich von einem verpflichtenden gesellschaftlichen Grunddienst vor allem das Einüben von sozialen Fertigkeiten wie Akzeptanz, Toleranz und das Erlernen einen verantwortungsvollen Umgangs mit Menschen versprechen.

Nicht nur die Krawallnächte in Stuttgart und Frankfurt zeigen, dass hier dringend Handlungsbedarf besteht. Es bringt nichts, sich die Dinge schön zu reden. Ich bin sehr besorgt darüber, dass die Gewaltbereitschaft unter jungen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in den letzten Jahren zugenommen hat. Streitigkeiten werden heute immer öfter mit den Fäusten oder dem Messer geklärt, wie auch die jüngste Attacke am Aileswasensee verdeutlicht. Hier gibt es dringenden Handlungsbedarf.

Ein verpflichtender Gemeinschaftsdienst kann dazu beitragen, dass die anständigen jungen Leute, die es glücklicherweise in unserer Gesellschaft gibt, eine Vorbildfunktion und somit einen guten Einfluss auf diejenigen haben könnten, die sonst eher eine kriminelle Karriere einschlagen würden. Außerdem wäre es ein gutes Tandemprogramm um jungen Menschen mit Migrationserfahrung unsere Werte, unsere Kultur und Sprache näherzubringen. Gleichzeitig fördert ein gemeinsamer Dienst und gleiche Kleidung den Zusammenhalt.

Ein verpflichtender Gemeinschaftsdienst muss viel Raum für eigene Entscheidungen lassen. Im Spektrum von Wehrdienst bis zu Diensten im Bereich Soziales, Kultur, Um-

welt- und Naturschutz und Sport würde jeder einen Dienst finden, der den eigenen Vorstellungen entspricht. Diesen Dienst würde man weniger als Zwang, sondern als freiwilliges Engagement für die Gemeinschaft empfinden.

Jede und jeder ist aufgefordert, Freiheit, Recht und Demokratie zu verteidigen und seinen Beitrag für die Gemeinschaft zu leisten. Eine Gesellschaft darf dies nicht einigen wenigen Spezialisten überlassen.“